

Bericht aus dem Bundeshaus

Sondersession 2003 Sommer-Session 2003

Die Sommer-Session war heiss, in jeder Beziehung. Nicht nur draussen, auch im Saal ging es heiss zu und her. Und lange Schatten gab es. Die Wahlen werfen sie voraus. Und sie fallen meist auf die, die ohnehin wenig Sonne in ihrem Leben verspüren.

Zuerst deshalb doch noch ein Rückblick auf den Mai. Nach Behandlung der Vorlage über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie (BFT) – das einzige Gebiet, wo das Parlament bereit ist, künftig mehr Mittel einzusetzen – ging es um AHV und BVG. Bei der AHV kämpften wir teilweise auf verlorenem Terrain. Die Bürgerlichen wollen um jeden Preis eine Mehrwertsteuer-Erhöhung zugunsten der AHV vermeiden. Wir von der EVP setzten uns für eine Flexibilisierung zugunsten kleinerer Einkommen ein, markierten aber Entgegenkommen, um realpolitisch etwas zu erreichen. In der ersten Revision des Gesetzes über die berufliche Vorsorge beschloss der Nationalrat, die zweite Säule schrittweise für tiefere Einkommen zu öffnen.

Viel zu reden gab die Agrarpolitik 2007. Vierzehn Milliarden Franken lässt sich die Schweiz die Marktstützungsmassnahmen 2004-2007 kosten. Auf diesem Gebiet war von der SVP nichts gegen Subventionen zu hören. Ein Kürzungsantrag von linker Seite hatte keine Chance. Viel zu reden gab ein fünfjähriges Moratorium für die Aussetzung von gentechnisch veränderten Organismen. Ich äusserte mich für die Fraktion: „Es liegt doch auf der Hand, dass jede Freiheit ihre Grenzen hat. Ich erinnere Sie nicht an die Freiheit, sondern an die Verantwortung, die das Parlament hier trägt. ... Was haben wir denn zu verlieren? Wir haben höchstens einen Wettbewerbsvorteil, einen Bonus, ein Label zu verlieren, wenn wir auf diese Bestimmung verzichten.“ Der Nationalrat folgte unserem Antrag, der übrigens auch vom Präsidenten des Bauernverbandes unterstützt wurde. (Hätte später der Ständerat die Sache nicht wieder umgekehrt, wäre die entsprechende Volksinitiative hinfällig geworden. Nun werden wir uns öffentlich dafür einsetzen müssen.) Bezüglich der Strukturmassnahmen (Betriebs-

hilfen, Umschulungen und Ausstiegshilfen) stellte ich kritische Fragen (Einzelanträge konnten nur schriftlich eingereicht werden): Ist der Artikel klar genug definiert? Sind die Massnahmen am richtigen Ort? Welche anderen Stützungen bestehen auch noch? Was wird gegen Missbrauch unternommen? Sind diese Massnahmen finanzierbar und kohärent zur Politik ihrer Befürworter? Einiges dürfte der Antrag ausgelöst haben. Jedenfalls passierte der Artikel die Ausgabenbremse mit dem Minimum von 100 Stimmen!



Liebe Freunde

Man merkt's, die Wahlen stehen an. Ich hätte nicht geglaubt, dass so viel tatktiert und manövriert wird, um im Wahljahr zu Medienpräsenz und Beachtung in der Öffentlichkeit zu kommen.

Da fragt zum Beispiel Toni Brunner den Bundesrat, ob man den Alinghi-Cup nicht auf einem Schweizersee durchführen könnte. Sein Parteikollege Giezendanner möchte plötzlich Formel 1-Rennen in der Schweiz. Die Grünen wollen den Benzinpreis gleich um einen Franken erhöhen. Mit der Brechstange werden der Bundeskasse Steuereinnahmen wegbeschlossen – wie der Finanzminister damit klar kommen soll, kümmert die Initianten nicht. Hauptsache, man kann den Leuten sagen, man hätte die Steuern gesenkt.

Ah, da wären ja noch Schulden zu tilgen, die Renten zu sichern, Aufgaben zu finanzieren? Nun, da sollen die schauen, die nach uns kommen. Hauptsache, man wird wieder gewählt.

Vernünftige Politiker haben damit Mühe. Ich auch. Ob Sie mich trotzdem wieder wählen?

H. Kuster

Tourismus hat weniger Lobby als Landwirtschaft

Wenige sehen ein, dass Gebiete, die nicht Industrie ansiedeln können, auf das Dreieck Landwirtschaft-Tourismus-Dienstleistung angewiesen sind. Strukturbereinigungen, wie sie jetzt gleichzeitig in der Landwirtschaft und im Tourismus anstehen, können solche Gebiete volkswirtschaftlich in einem unerträglichen Ausmass treffen. Ich legte mich deshalb für die Verlängerung des Hotelkredits 2003-2007 wie auch für den Mehrwertsteuer-Sondersatz ins Zeug. Nicht die Erhaltung von schlecht geführten oder chancenlosen Hotels, sondern die Bekämpfung der Schwächen war dabei mein Anliegen. Die Tourismusberufe müssen wieder attraktiver werden, damit für den Gast die Leistung stimmt. Und es kann doch nicht sein, dass ein Hotelbetrieb erst rentiert, wenn er zum zweiten Mal Konkurs gegangen ist. Deshalb war vorgesehen, einen Teil der Mittel in die Innovationsförderung zu stecken. Zu einem nachhaltigen Tourismuskonzept gehört schliesslich die Vernetzung von Landschaft, Landwirtschaft (regionale Produkte vermarkten), Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr, Qualität von Gastronomie und Kultur. Das dicht besiedelte Mittelland braucht die höher gelegenen Erholungsgebiete. Sie müssen attraktiv bleiben. Auch hier – und nicht nur in den Spitzen-Ratings – lohnen sich Investitionen.



EVP-Vorstösse Mai 2003

Zum Schluss der Sondersession reichte ich eine Motion ein, wonach die Exportförderung des Bundes mit Auflagen verbunden wird, die Grundzüge der schweizerischen Aussenpolitik zu berücksichtigen. Ethische Grundsätze, wie sie in der Menschenrechts- und Entwicklungspolitik der Schweiz formuliert sind, sollen auch eingehalten werden.

Mein Kollege Heiner Studer reichte eine parlamentarische Initiative für die Schaffung einer eidgenössischen Erbschafts- und Schenkungssteuer ein. Ich teile seine Auffassung, dass die Bundeskasse nicht nur via Ausgabenkürzungen saniert werden soll. Viele Kantone haben im Zuge des Steuerwettbewerbs die Erbschaftssteuer abgeschafft – dabei gibt es wohl keine Steuer, die berechtigter wäre.



Als Lotse im Auslandsgeschäft preist sich die osec dem Schweizer Firmen an. Was die Gegner nicht merken (und ich nur dem Staatssekretär flüsterte): Gemäss Bild fährt das Schiff rückwärts!

Die Sommersession beginnt amüsant

Nach der Behandlung des Kyoto-Protokolls ergab sich der Nationalrat einer langen Diskussion um die Ansiedlung und den Schutz des Wolfes in der Schweiz. Das Märli vom bösen Wolf, aber auch Romulus und Remus mussten herhalten, um dem verhassten Buwal eins zu verpassen. Dann folgte ein erneutes Hickhack um das Flugverkehrsabkommen mit Deutschland. Heiterkeit erntete mein Kollege Ruedi Aeschbacher mit der Bemerkung, der Bundesrat hätte für den Vertrag gekämpft wie ein Tiger oder etwa wie ein Wolf...

Er wies darauf hin, dass der Flughafen Zürich nicht gegen die Bevölkerung betrieben werden könne. Und er stellte drei Forderungen auf:

1. Der Flughafen muss die Anzahl seiner Bewegungen beschränken. Das Maximum dürfte bei 300'000 liegen.
2. Es muss eine minimale Nachtruhe geben, und zwar nicht fünf Stunden, sondern zwischen 22 und 7 Uhr. Gesundheit kommt vor Gewinn.

3. Zu einem dringend benötigten Betriebskonzept gehört der (optimierte) Anflug von Norden her.

Am 4. Juni wurde die Exportförderung des Bundes diskutiert. Hier rechnete die SVP gnadenlos mit dem osec-Direktor Balz Hösli ab. Natürlich wurde das nicht offen gesagt, aber jeder wusste, was gemeint war. Blochers Nichteintretensantrag wurde abgelehnt. Nach unserer Meinung soll der Staat nur übernehmen, was nicht von Privaten geleistet werden kann. Balz Hösli muss über die Bücher. Mit Freuden stelle ich fest, dass die in meinem Vorstoss vom Mai geforderten Grundsätze in der neusten Fassung der Verträge schon ihren Niederschlag gefunden haben.

Einmal mehr entbrannte bei der Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen für die Entwicklungszusammenarbeit ein heftiger Kampf. Die strammsten Eidgenossen (das sind die, für die die Welt an der Schweizer Grenze aufhört – ausser man kann Gewinne machen) brachten ihren Kürzungsantrag nicht durch. Das Geschäft passierte auch die Ausgabenbremse mit satten 111 Stimmen.

Keine Spannung dann bei der Genehmigung der Staatsrechnung 2002. Heiner Studer meinte dazu: "Wenn das etwas Spannendes wäre, hätten Regierung und Verwaltung nicht gut gearbeitet." Er wandte sich namens einer starken Minderheit und im Einklang mit dem Bundesrat gegen eine Motion der Finanzkommission, die Kreditsperre im laufenden Budget zu erhöhen. Es macht keinen Sinn, Motionen zu beschliessen, die man nicht einhalten kann.

Was von draussen so einfach aussieht, kann zuweilen recht hektisch werden. Während wir noch Differenzen zum Ständerat behandelten (BVG-Revision, Kartellgesetz), mussten schon die Anträge zum neuen Finanzausgleich eingereicht und die entsprechenden Voten vorbereitet werden. Die Fülle der Geschäfte und ihre Komplexität fordern einen. Etwas Ausgleich dazu schuf der Fraktionsausflug. Er führte

uns dieses Jahr ins Limmattal. Auf dem Programm standen ein Treffen mit dem Wirtschaftspodium Limmattal im Freiluftpark eines Künstlers, der Besuch der modernen Rehab Klinik Bellikon und des Klosters Wettingen und ein Nachtessen mit dem Aargauer Landammann. Das Programm diente natürlich auch der PR für unsere Zürcher und Aargauer NR-Kandidaten.

Liebes Bundesamt, Treue ist der beste Gummi.

STOPP AIDS – BLEIB TREU

Grosser Brocken: der neue Finanzausgleich NFA

Heiner Studer und ich teilten uns in die Kommissionsarbeit zu diesem ausserordentlichen Geschäft. Wir sind der Überzeugung, die Richtung stimme. Die – auch an uns herangetragene – Sorge, die Kantone würden ihre Verantwortung im Sozialwesen nicht genügend wahrnehmen, können wir so nicht teilen. Eigentlich müsste man die Aufgaben zwischen Bund und Kantonen noch mehr entflechten, den Entscheid und seine Finanzierung möglichst nahe zueinander bringen. Wir achteten aber sehr auf die Ausführungsbestimmungen. Und wir verhalfen einem Minderheitsantrag zum Durchbruch, wonach das Bundesgericht kantonale Verfügungen, welche die Gesetzesbestimmungen verletzen, rügen kann. Bei der Finanzierung der AHV/IV wandten wir uns gegen einen SVP-Antrag, welcher der Bundeskasse zwei Milliarden entzogen hätte, ohne irgend etwas zu verbessern. Mich erstaunt, mit welcher Leichtigkeit ein so komplexes Werk durch das Parlament geht. Offenbar hat niemand bessere Rezepte.

Steuerharmonisierung: Das Bandbreitenmodell hielten wir für massvoll und vernünftig. Beim Kantonsreferendum bekannten wir uns zum geltenden Recht (8 Kantone und nicht wie vorgeschlagen 5). Sie sind ja im Ständerat gut vertreten. Den vielleicht wichtigsten Sieg konnten wir in den Übergangsbestimmungen erzielen. Mit 64:54 Stimmen kam der folgende Minderheitsantrag durch: "Die Kantone übernehmen ab Inkrafttreten ... die bisherigen Leistungen der Invalidenversicherung an die Sonderschulung (inkl. der heilpädagogischen Früherziehung gemäss Art. 19 IVG), bis sie über genehmigte Sonderschulkonzepte verfügen, mindestens jedoch während drei Jahren." Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.

Wahltaktik wichtiger als das Wohl der Bevölkerung?

Als wahltaktisches Manöver muss die Verschiebung des Betäubungsmittelgesetzes betrachtet werden. Die Medien hatten gemeldet, dass eine Mehrheit des Nationalrats sich gegen die Liberalisierung von Cannabisprodukten geäussert habe. Unser Antrag, wenigstens die Eintretensdebatte zu führen, wurde abgelehnt. Einzelanträge können nur schriftlich begründet werden. Wir halten das für richtig, denn die Positionen sind bezogen. Es geht um die Entscheide. Begründet wurde die Verschiebung mit dem Rückstand aufs Programm. Wir werden ja sehen, ob das Gesetz im September oder erst in der Neubesetzung des Rates zur Behandlung kommt. Ich traue der Sache noch nicht ganz.

Zu Beginn der zweiten Woche wollte ich vom Bundesrat wissen, ob er die ergänzende Plakatwerbung der SEA (Schweiz. Evang. Allianz) zur Stop Aids-Kampagne mit dem Hinweis auf die eheliche Treue als konstruktive Ergänzung ansieht und bereit ist, sich an den Kosten zu beteiligen. Die Antwort kam schriftlich: Eheliche Treue bewahre wirklich vor Ansteckung, aber... Man prüfe die Aufnahme des Arguments in einem anderen Zusammenhang. Eine Beteiligung an den Kosten sei nicht vorgesehen.

Wo sind die Nationalräte?

Zweimal fünf Stunden Debatte mit einem Lärmpegel einer gut befahrenen Autobahn, das ist so die Tagesration eines NR-Mitglieds. Es gibt Tage mit mehr und solche mit weniger Belastung. Klar, dass man nicht immer da ist, wenn die Kamera schwenkt. Trotzdem: Die drei EVP-Vertreter haben wahrscheinlich Spitzenränge, was die Anwesenheit betrifft.

Einige Male war ich wieder mit Gruppen auf der Tribüne oder sonst im Gespräch. Auch das gehört zu den Aufgaben eines Ratsmitglieds. Ich freue mich jeweils über das Interesse der Leute, muss allerdings immer auf den Pager achten, damit ich keine wichtige Abstimmung verpasse.

Die Pausen muss man sich selber organisieren. Das heisst: Man rechnet sich aus, wie lange die Diskussion über einen Artikel oder Antrag läuft und beurteilt, ob man der Debatte fernbleiben kann. Wenn ja, liegt ein Kaffee drin, sonst halt nicht.

Und wo sind die Leute sonst noch? Am PC-Arbeitsplatz, am Telefon, in der Wandelhalle... Na ja, Sie finden sie schon.



Gegner der Cannabis-Legalisierung auf dem Bundesplatz.

Gemeinwohl am Beispiel des Steuerpaketes

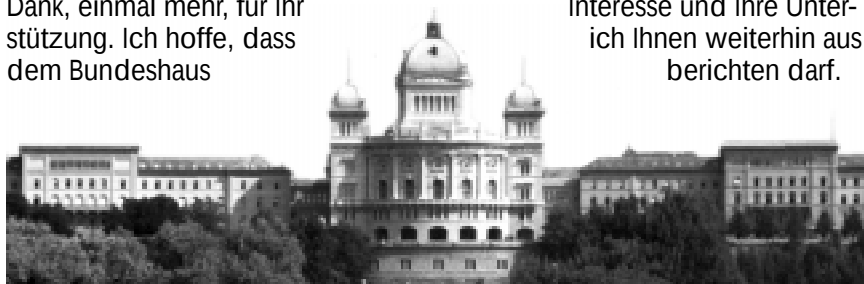
Schon letzten Herbst bedauerten wir, dass die drei Elemente Familienbesteuerung, Stempelsteuer und Wohneigentumsbesteuerung miteinander verschweisst wurden. Wir warnten, wir würden das Paket nicht mittragen, wenn es überladen würde. Ich lasse gleich Bundesrat Kaspar

Villiger sprechen: "Den Familien- und Stempelteil des Steuerpakets, den ich zu verantworten habe, tragen die Kantone mit. Aber die Einigungskonferenz des Parlaments (letzte Instanz bei Differenzbereinigungen zwischen Nationalrat und Ständerat, wd) hat mit der grosszügigen Entlastung der Wohneigentümer eine Lösung beschlossen, die den Bund und die Kantone zu viel kostet und von der Gerechtigkeit her gegenüber den Mietern fragwürdig ist. Deshalb verstehe ich den Ärger der Kantone."

Uns blieb nur noch, vor der Schlussabstimmung mit einer Fraktions-erklärung Stellung zu beziehen. Ich mahnte an, die Stall-Warnung, die in einem Flugzeug vor dem Absturz ertönt, sei bereits erfolgt. Dem Piloten bleiben zwei Massnahmen: Gas geben oder in den Sinkflug übergehen. Im Falle des Steuerpakets verschenken wir aber Steuergeld, nehmen also Gas weg. Tiefer fliegen (sparen) kann man aber auch nur, solange man Höhe hat. Etwas Höhe hätten wir gewonnen, wenn der Nationalrat dem Ständerat gefolgt wäre und einen späteren Termin für die Inkraftsetzung gewählt hätte. Das sollte alles nicht sein. Und hier kann ich nicht zurückhalten mit meiner Kritik an den Bürgerlichen: Sie, die bei jeder Gelegenheit die maroden Bundesfinanzen und Staatsschulden beklagen, schaffen neue Defizite für die Jahre 2005 und später!

Aus meinem Votum, welches teilweise im Fernsehen übertragen wurde: "Die Steuerentlastungen werden kaum mehr Schub bringen, weil sie zum grössten Teil denen zugute kommen, die ohnehin genug zum Konsumieren haben. Zur Kasse gebeten werden Alleinstehende und Rentner, und ein Klima der Unsicherheit verhindert den Aufschwung. Mit der einen Hand Gas wegzunehmen und mit der anderen zum Sturzflug anzusetzen, führt in eine Vrilie. Ich bezweifle, dass die Bundesfinanzen so kunstflugtauglich sind. ... Wir bitten Sie, das Paket abzulehnen und so einem Kantonsreferendum zuvorzukommen."

Ich könnte mir kein besseres Schlusswort unter meinen Sessionsbericht vorstellen als die Antwort von Bundesrat Villiger in einem Interview mit dem Tagesanzeiger. Ich setze es in die Spalte nebenan. Ihnen empfehle ich, diese Aussage bei den Wahlen im Oktober zu beherzigen. Vielen Dank, einmal mehr, für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung. Ich hoffe, dass ich Ihnen weiterhin aus dem Bundeshaus berichten darf.



Walter Donzé, Nationalrat EVP, Grassiweg 34, 3714 Frutigen
Tel. P 033 671 29 59, G 033 672 50 10, Mail: walter.donze@freesurf.ch



Fraktionssitzung in Sumiswald. Hier werden die Geschäfte für die Session vorbereitet.

Hier haben wir die Abstimmung entschieden
Sondersession: Gen-Moratorium für fünf Jahre: Schon in der Kommission gab der EVP-Vertreter den Ausschlag. Nun fand das Anliegen dank unserer Unterstützung eine Mehrheit (83:78).

Juni-Session: Neuer Finanzausgleich. Nehmen kleine Kantone ihre Verantwortung gegenüber Einrichtungen des Sozialbereichs wahr? Wir verhelfen dem Eventualantrag zum Erfolg, wonach kantonale Bestimmungen, die das geltende Recht verletzen, vor dem Bundesgericht gerügt werden können (78:74).

Juni-Session: Geschäftsreglement des Nationalrates. Dank unseren Stimmen muss nicht für jede Abstimmung eine Namensliste erstellt werden. Ergebnis: 54:53 Stimmen für die Kommission. Der Antrag hätte dazu geführt, dass beim Ausfall der elektronischen Anlage für unbedeutende Abstimmungen über Zwischenergebnisse jeweils ein Namensaufruf hätte stattfinden müssen.

"Während der Beratungen eines Geschäfts soll jeder seine Interessen einbringen. Aber zum Schluss muss man die eigenen Interessen gegen das Gesamtinteresse abwägen. Und hier hätte ich erwartet, dass mehr Parlamentarier Mass halten. Ich glaube, auch unsere Partei muss sich die Frage stellen, wie viel Partikularinteressen sie vertreten darf und wann das Gemeinwohl aller Vorrang hat. Das gilt allerdings für alle Parteien."

Finanzminister
Bundesrat Kaspar Villiger,
Tages-Anzeiger 20. Juni 2003

www.wdonze.ch

Bitte weitersagen:
Im Oktober EVP wählen!

Sie erreichen mich im Bundeshaus:
Tel. 031 322 99 11
Fax 031 322 78 04
(Herbst-Session: 15. Sept – 3. Okt)